

21. I. 1918

25

**Die militärischen Forderungen und die
Rekonstruktion des Kabinetts.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 20. Januar.

In politischen Kreisen verlautet, daß es dem Ministerpräsidenten Dr. Bekerle gelungen ist, in der samstägigen Audienz alle schwebenden, sachlichen und Personenfragen zu bereinigen. Die sachlichen Fragen beziehen sich auf die militärischen Forderungen, die persönlichen auf die Rekonstruktion des Kabinetts.

In der Militärfrage wird angekündigt, daß eine königliche Verlautbarung erscheinen dürfte, welche feststellen soll, daß zwischen der Krone und der Nation keine gegensätzliche Auffassung bestände, daß aber die Lösung der Militärfrage mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben soll. Die Lösung der Militärfrage dürfte selbst nach der Ansicht der maßgebenden ungarischen Regierungskreise noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

Heute vormittag fand im Ministerpräsidium eine Ministerberatung statt, an welcher die Minister Graf Serenyi, Ugron, Baron Szurmay und Dr. Bazzonyi teilnahmen und die den aktuellen Fragen galt. In politischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Dr. Bekerle noch im Laufe dieser Woche an eine Rekonstruktion des Kabinetts schreiben und dem Monarchen die entsprechenden Vorschläge erstatten werde. Man spricht davon, daß vier bis fünf Mitglieder des Kabinetts aus dem Amte scheiden sollen. Als Nachwärtler für den Posten eines Ernährungsministers wird Prinz Ludwig Wändisch-Graeb genannt. Der Ministerpräsident wird im Verlaufe dieser Woche mit den verschiedenen Persönlichkeiten in Verhandlungen treten, um sein Kabinett zu rekonstruieren. Bei der Neubefetzung der Ministerstellen kommen stark ausgeprägte politische Persönlichkeiten in Betracht.

Die Möglichkeit einer Konzentration, die nach der Rede des Grafen Stephan Tizza in der Arbeitspartei aktuell geworden war, ist in den letzten Tagen geringer geworden. Der Ministerpräsident hat heute einer Arbeiterdeputation mitgeteilt, daß die Wahlrechtspolitik nach wie vor den Kardinalpunkt des Regierungsprogramms bilde und daß die Regierung nur mit solchen Gruppen eine politische Gemeinschaft eingehen könne, die sich ihren Wahlrechtsstandpunkt in seiner Gänze zu eigen machen. Wenn die Wahlrechtsvorlage im Hause keine Majorität erlangen sollte, so werde die Regierung an die Wähler appellieren. Durch dieses neuerliche Bekenntnis der Regierung zur Wahlrechtspolitik erscheinen die Kompromißmöglichkeiten mit der Arbeitspartei verringert.